Bürgerrechtsverordnung

vom 15. Dezember 1992¹

Landammann und Regierungsrat des Kantons St.Gallen
erlassen

in Vollzug des Bürgerrechtsgesetzes vom 5. Dezember 1955²
als Verordnung:

Gemeindebürgerrecht

a) Einbürgerungsakten

*Art. 1.*³

a^{bis}) Gesuchsunterlagen

*Art. 1bis.*⁴

¹ Der Ausländer reicht mit dem Einbürgerungsgesuch für jede in das Gesuch einbezogene Person ein:

- a) aktueller Geburtsschein mit Angaben über die Abstammung;
- b) Eheschein oder Partnerschaftsurkunde;
- c) Todesschein des verstorbenen Ehegatten oder eingetragenen Partners;
- d) Gerichtsurteil über die Auflösung der früheren Ehe oder eingetragenen Partnerschaft mit Angabe des Datums der Rechtskraft des Urteils;
- e) Staatsangehörigkeitsnachweis;
- f) Kopie des Ausländerausweises;
- g) Wohnsitzbescheinigungen der schweizerischen Wohnorte;
- h) aktueller Auszug aus dem Zentralstrafregister für Personen, die das 15. Altersjahr vollendet haben.

² Urkunden, die nicht in einer schweizerischen Amtssprache abgefasst sind, ist eine deutsche Übersetzung beizulegen.

³ Der Einbürgerungsrat kann zusätzliche Unterlagen verlangen.

*Art. 2.*⁵

*Art. 3.*⁶

c) Gebühr

*Art. 4.*⁷

¹ Die politische Gemeinde erhebt die Gebühr gesamthaft beim Bewerber, wenn sein Ehegatte, sein eingetragener Partner oder minderjährige Kinder in das Einbürgerungsverfahren einbezogen sind.

Kantonsbürgerrecht

a) Gesuch

*Art. 5.*⁸

¹ Die politische Gemeinde reicht Gesuche um Erteilung des Kantonsbürgerrechts dem Departement des Innern ein.

² Sie legt für jede in das Einbürgerungsgesuch von Ausländern einbezogene Person bei:

- a) Gesuchsformular mit den Unterlagen gemäss Art. 1bis dieses Erlasses;
- b) im Verfahren der Einbürgerung im Allgemeinen Gutachten und Protokoll über den Einbürgerungsbeschluss der Stimmberechtigten der politischen Gemeinde oder des Gemeindeparkamentes;
- c) im Verfahren der Besonderen Einbürgerung die Einbürgerungsverfügung des Einbürgerungsrates;
- d) aktueller Erhebungsbericht des Einbürgerungsrates mit seinen nach Massgabe des Bürgerrechtsgesetzes gemachten Feststellungen über Wohnsitzdauer und Eignung.

³ Sie legt für jede in das Einbürgerungsgesuch von Schweizern einbezogene Person bei:

1. je ein aktueller Personenstandsausweis für die gesuchstellende Person sowie die in die Einbürgerung einbezogenen Personen;
2. im Verfahren der Einbürgerung im Allgemeinen Gutachten und Protokoll über den Einbürgerungsbeschluss der Stimmberechtigten der politischen Gemeinde oder des Gemeindeparkamentes;
3. im Verfahren der Besonderen Einbürgerung die Einbürgerungsverfügung des Einbürgerungsrates.

b) Gebühr

Art. 6.⁹

¹ Die Regierung legt die Gebühr im Rahmen ihrer Beschlussfassung über die Erteilung des Kantonsbürgerrechts fest.

² Die Gebühr wird gesamthaft beim Bewerber erhoben, wenn sein Ehegatte, sein eingetragener Partner oder minderjährige Kinder in das Einbürgerungsverfahren einbezogen sind.

³ Das Amt für Bürgerrecht und Zivilstand verlangt einen Kostenvorschuss und besorgt den Einzug der Gebühr.

Art. 7.¹⁰

Bürgerbrief

Art. 8.

¹ Die Ortsgemeinde kann dem Eingebürgerten einen Bürgerbrief ausstellen.

Entlassung

Art. 9.¹¹

¹ Wer auf das st.gallische Kantons- und Gemeindebürgerrecht verzichten will, reicht dem Departement des Innern ein Entlassungsgesuch sowie für jede in die Entlassung einbezogene Person einen aktuellen Personenstandsausweis ein.

Mitteilung

a) Departement des Innern

Art. 10.¹²

¹ Das Departement des Innern teilt mit:

- a) die Einbürgerung im Kanton St.Gallen dem Einbürgerungsrat und dem Zivilstandsamt des neuen Heimatortes;
- b) die Entlassung aus dem Kantonsbürgerrecht und aus dem Schweizer Bürgerrecht dem Zivilstandsamt des bisherigen Heimatortes.

b) politische Gemeinde

Art. 11.¹³

¹ Die politische Gemeinde teilt mit:

- a) die Erteilung des Gemeindebürgerrechts eines Kantonsbürgers dem zuständigen Zivilstandsamt am neuen Heimatort;
- b) die Entlassung aus dem Gemeindebürgerrecht dem zuständigen Zivilstandsamt am bisherigen Heimatort.

Änderung bisherigen Rechts

Art. 12.

Der Gebührentarif für die Staats- und Gemeindeverwaltung wird wie folgt geändert:¹⁴

Aufhebung bisherigen Rechts

Art. 13.

¹ Die Vollzugsverordnung zum Bürgerrechtsgesetz vom 17. Dezember 1955¹⁵ wird aufgehoben.

Vollzugsbeginn

Art. 14.

¹ Diese Verordnung wird ab 1. Januar 1993 angewendet.

1 nGS 28-1. Im Amtsblatt veröffentlicht am 4. Januar 1993, ABl 1993, 9; in Vollzug ab 1. Januar 1993. Geändert durch Nachtrag vom 10. November 1998, nGS 33-84; Abschnitt II Ziff. 1 des II. Nachtrags zur ZStV vom 16. November 1999, nGS 34-119 (sGS 912.1); II. Nachtrag vom 19. März 2002, nGS 37-74; III. Nachtrag vom 14. August 2007, nGS 42-82.

2 sGS 121.1.

3 Aufgehoben durch II. Nachtrag.

4 Eingefügt durch III. Nachtrag.

5 Aufgehoben durch III. Nachtrag.

6 Aufgehoben durch III. Nachtrag.

7 Fassung gemäss III. Nachtrag.

8 Fassung gemäss III. Nachtrag.

9 Fassung gemäss III. Nachtrag.

10 Aufgehoben durch III. Nachtrag.

11 Fassung gemäss III. Nachtrag.

- 12 Fassung gemäss III. Nachtrag.
- 13 Fassung gemäss III. Nachtrag.
- 14 Überholt durch GebT vom 2. Mai 2000, nGS 38-86 (sGS 821.5).
- 15 nGS 14, 36 (sGS 121.11).